

## DER SMIC UND SEIN SYMBOLWERT

Die Erhöhung des Mindestlohns (SMIC) war der wohlberechnete Wahlschlager, mit dem  
Mitterrand und Co. den französischen Proleten bedeuteten, wen sie massenhaft ins Parlament zu  
wählen hatten. Dem arbeiterfreundlichen "Symbolwert" dieser Erhöhung tat es ver-  
ständlicherweise keinen Abbruch, daß sie mit 10% erheblich unter den vor der Präsidentenwahl  
versprochenen 30% blieb und die ohnehin fällige automatische SMIC-Erhöhung nur um 2 bis 3  
Prozentpunkte übertraf.

Der SMIC erhöht sich nämlich laut Gesetz mit jeder Steigerung des offiziellen  
Lebenshaltungsindex über 2% hinaus sowie mit der Erhöhung der Durchschnittslöhne und hat es  
dadurch inzwischen zu der Armutshöhe von ca. 1.110.- DM gebracht. Es ist dabei erstens  
selbstverständlich, daß die Berechnung des Arbeiterhaushaltsbudgets alles als unnötigen Luxus  
ausschließt, was sich ein Arbeiter nicht leisten kann = darf, und daß demnach für einen SMIC-  
Empfänger die Preise nur dann steigen, wenn die als dem Arbeitergeldbeutel adäquat festgelegten  
Mengen an baguettes und vin ordinaire teurer werden.

Zweitens funktioniert der "Inflationsausgleich" so, daß stets schon gelaufene Preissteigerungen  
nachträglich kompensiert werden und die *gegenwärtigen* Preissteigerungen den Prole-  
tenwarenkorb noch kleiner machen. Drittens schlägt der französische Staat so seine "Schlacht  
gegen die Ungleichheit", daß die obligatorische jährliche Erhöhung der Kaufkraft des SMIC nicht  
niedriger als die  *Hälfte*  der Erhöhung der Kaufkraft der Durchschnittslöhne ausfallen darf. Im  
Klartext: Die Durchschnittslöhne haben nur dann einen Einfluß auf den SMIC, wenn sie schneller  
als die Inflationsrate steigen was in Frankreich ungefähr so ungewöhnlich ist wie hierzulande! -  
und für diesen Fall trifft der Staat die gesetzliche Vorsorge, daß das vorprogrammierte  
Zurückbleiben des SMIC sich in Grenzen hält. Umgekehrt dürfen die Löhne der verschiedenen  
Berufskategorien nicht nach dem SMIC indexiert werden. Mit diesen zwei Bestimmungen macht  
der Staat klar, daß seine großartige "Beteiligung der Benachteiligten an der wirtschaftlichen  
Entwicklung" darin besteht, nicht nur den Abstand, zwischen Smicards und übrigem Proletariat,  
also die Lohnhierarchie festzuschreiben, sondern vor allem diese Lohnhierarchie insgesamt schön  
niedrig zu halten, indem eine Erhöhung des Niedrigstlohns ja kein Anlaß für eine  *allgemeine*  Loh-  
nerhöhung sein darf.

Mit dem SMIC setzt der französische Staat also ein Niedrigstniveau für die Löhne. Er hält die  
unterste Lohnklasse aus den Tarifaueinandersetzungen heraus und erspart den Proleten, den Ka-  
pitalisten und sich selbst damit permanente Arbeitskämpfe. Daß er sich so als Sozialstaat für die  
unterste Mannschaft zuständig erklärt, schließt umgekehrt keineswegs aus, daß "mehr als vier  
Millionen Menschen mit Einkünften auskommen müssen, die noch weit unter diesem amtlichen  
Existenzminimum liegen" (Süddeutsche Zeitung): Man muß nur Lehrling, concierge,  
Hausangestellter oder in einem Betrieb mit weniger als zehn Arbeitern beschäftigt sein, um von  
vorneherein nicht unter die SMIC-Regelung zu fallen, und im übrigen kann das Einklagen des  
Mindestlohns beim Unternehmer Anlaß zum Rausschmiß sein, wohingegen die Strafe für die  
Entlohnung eines Arbeiters unter dem SMIC-Satz ganze 600-1000F beträgt. Auf der anderen Seite  
ist der SMIC die lohndrückende Leitlinie, an der sich  *alle*  Proleten abzuarbeiten haben. Ein

Mindestlohn unterstellt nämlich eine beträchtliche Konkurrenz darum, ihn gerade *nicht* zu kriegen, und alles, was über ihn hinausgeht, ist an zusätzliche Erpressungen seitens der Kapitalisten gebunden und muß vom Arbeiter mit vermehrter Leistung bezahlt werden.

5 Die Erhöhung des SMIC war also alles andere als ein Geschenk und von Mitterrand anlässlich der  
Parlamentswahl als unverschämter Sozialpakt berechnet. Wo jeder arbeitende und wählende  
Franzose wußte, daß die Regierung die Benzin-, Tabak-, Alkohol- und Autosteuern, die  
Sozialmieten, Strom und Gas und die öffentlichen Verkehrsmitteltarife erhöhen, war die SMIC-  
Erhöhung von vornherein als Demonstration der Regierung zu verstehen, daß sie es prinzipiell,  
10 unabhängig von der Wirkung ihrer Maßnahmen mit den Arbeitern gut meine. Die Demonstration  
des guten Willens, diese vorgezogene Anweisung auf zukünftige verstärkte Inflation und  
Preissteigerungen, war auf die Verpflichtung der Arbeiter auf das sozialistische  
Regierungsprogramm berechnet, für dessen Gelingen man auf Lohnerhöhungen zu verzichten  
bereit sein muß. Der "Symbolwert" der unverschämten Maßnahme zeigte sich postwendend in der  
15 Reaktion der Gewerkschaften, die als nunmehr Berater in Sachen Sozialstaat ihre anerkannte alte  
30%-Forderung konstruktiv zurückstellten.